

Daniel Graf, Maximilian Stern: Agenda für eine digitale Demokratie: Chancen, Gefahren, Szenarien. Zürich, NZZ Verlag (2018), 208 S., ISBN 978-3-03810-328-8

Neue Technologien geben aufgrund ihres disruptiven Potenzials Anlass zu Hoffnung und Begeisterung, mitunter aber auch zu Skepsis und Ängsten. Zurzeit ist der schillernde Begriff der Digitalisierung in aller Munde. Ob wir es nun wollen oder nicht: Die digitale Transformation führt in zahlreichen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens zu bedeutsamen Veränderungen. Davon betroffen sind auch die liberalen Demokratien. In ihrem lesenswerten Buch „**Agenda für eine digitale Demokratie**“ behandeln Daniel Graf und Maximilian Stern die Digitalisierung der Demokratie unter verschiedensten Aspekten. Der Inhalt reicht von den Bürgerinnen und Bürger über das politische System bis hin zu den neuen Medien. Dabei konzentrieren sich die Autoren auf den Schweizer Kontext, was mit ihren Tätigkeitsfeldern in Verbindung gebracht werden kann. Der Kampagnenspezialist Daniel Graf hat sich als Mitinitiator der Online-Plattform *wecollect.ch*, mit der Unterschriften für Referenden und Volksinitiativen gesammelt werden können, einen Namen gemacht. Der umtriebige Politikwissenschaftler Maximilian Stern hat unter anderem die Schweizer Thinktanks *foraus* (Forum Aussenpolitik) und *staatslabor* mitbegründet, wobei sich Letzteres zum Ziel setzt, Innovationen in der Verwaltung zu fördern.

Die beiden Autoren vertreten dezidiert die Ansicht, dass die Debatte über die digitale Demokratie jetzt geführt werden müsse. Eine Verzögerung könne sich die Schweiz schlicht nicht leisten. Diese Dringlichkeit untermauern sie mit dem Hinweis darauf, dass die meisten Akteure (Behörden, Parteien, Verbände und soziale Bewegungen) bislang eher träge auf die neuen Möglichkeiten reagiert haben, die sich ihnen eröffnen. Dies habe dazu geführt, dass die Schweiz auf dem Wege zur digitalen Demokratie in Rückstand geraten sei. So sehr es zutrifft, dass sich agile Kleinstaaten wie Estland und Island durch weitaus größere Innovationsfreude und ambitioniertere Zielsetzungen ausgezeichnet haben, so mutet es doch verwegen an, wenn Graf und Stern die Schweiz allen Ernstes als digitales Entwicklungsland bezeichnen. Aber selbstverständlich betonen die Autoren zu Recht, dass man sich hierzulande bisher sehr schwer mit Projekten wie *E-Government* und *E-Voting* getan hat.

Im Zentrum stehen für Graf und Stern die Bürgerinnen und Bürger. Sie sind es schließlich, die das politische System prägen, indem sie an Wahlen und Abstimmungen teilnehmen oder in Form von politischer Freiwilligenarbeit einen wertvollen Beitrag zu Gunsten des Allgemeinwohls leisten. Die Autoren heben hervor, dass heutzutage just das Milizsystem unter Druck steht. Somit haben sich die demokratischen Partizipationsmöglichkeiten an die neuen Bedürfnisse der Bevölkerung anzupassen. Im Zeitalter der Digitalisierung kann nach Meinung der Autoren *Civic Tech* Abhilfe schaffen. Dabei handelt es sich um Technologien, die es den Bürgerinnen und Bürgern erlauben, sich einfacher in die politischen Prozesse einzubringen. So wird für eine Digitalisierung von Konsultationsverfahren zu Gesetzestexten plädiert, damit neben den etablierten politischen Organisationen auch Individuen ihre Positionen und Anliegen zum Ausdruck geben können. *Civic Tech* soll also nicht nur dazu beitragen, Prozesse schneller und kostengünstiger zu gestalten, sondern den Bürgerinnen und Bürgern auch neue Kanäle politischer Beteiligung anzubieten. Die Autoren geben aber auch zu bedenken, dass Bürgerinnen und Bürger dazu befähigt werden müssen, mit diesen Online-Tools umzugehen.

Graf und Stern liegt auch die Weiterentwicklung der direkten Demokratie am Herzen. Sie warten mit einer Reihe von innovativen Vorschlägen auf. Vorlagenspezifische Informationen durch die Behörden sollen nicht länger in gedruckter Form den Bürgerinnen und Bürgern vermittelt werden. Vielmehr sollen Online-Debattenplattformen für eine zeitnahe deliberative Interaktion zwischen der Verwaltung und der Stimmbürgerschaft sorgen. Ausführlich gehen die Autoren auch auf das *E-Voting* (elektronische Stimmabgabe) und das *E-Collecting* (elektronische Unterschriftensammlung) ein. Von beidem scheinen sie sich jedoch etwas gar viel zu versprechen. So sind Zweifel angebracht, ob E-Voting tatsächlich das Potenzial hat, die Art und Weise wie hierzulande Politik gemacht wird, zu verändern. Im Kapitel zur kollaborativen Demokratie wird denn auch eingeräumt, dass in der Schweiz die elektronische Stimmabgabe im Rahmen von Versuchen zu keiner Erhöhung der Stimmbeteiligung geführt hat. Dies liegt wohl daran, dass *E-Voting* mindestens so viel Aufwand mit sich bringt wie die briefliche Stimmabgabe, von der die Stimmbürgerschaft rege Gebrauch macht. Ganz abgesehen davon ist das Manipulationsrisiko von *E-Voting* nicht von der Hand zu weisen.

In Bezug auf die Folgen der elektronischen Unterschriftensammlung ist im Buch von einer Veränderung der politischen Kultur die Rede. Auch diese Erwartung scheint doch sehr hoch gegriffen. Zuzustimmen ist den Autoren allerdings, wenn sie sich vom *E-Collecting* weitreichendere Implikationen erhoffen als vom *E-Voting*. Über Jahrzehnte hinweg haben mächtige

Parteien und Interessengruppen in enger Verflechtung mit der Regierung und dem Parlament für überschaubare Verhältnisse gesorgt. Was geschieht jedoch, wenn ad hoc gebildete Netzwerke oder Einzelpersonen, die fast ausschließlich via digitale Kanäle mobilisieren, die politische Bühne betreten? Für eine Antwort ist es selbstverständlich noch viel zu früh. Wertvollen Anschauungsunterricht liefert jedoch das Referendum gegen die Überwachung von Bezügerinnen und Bezüger von Sozialversicherungen, das im Jahre 2018 von vier Privatpersonen via *wecollect.ch* initiiert wurde. Die erforderlichen 50'000 Unterschriften kamen bemerkenswerterweise schnell zu Stande. Die vom Parlament beschlossene Gesetzesrevision wurde jedoch an der Urne mit einem Ja-Anteil von 64.7% deutlich angenommen. Dieses Beispiel suggeriert, dass eine Umwälzung der politischen Kräfteverhältnisse mittels *E-Collecting* nicht unmittelbar bevorsteht. Allerdings dürften bereits in naher Zukunft vermehrt Referenden und Volksinitiativen der Stimmbevölkerung vorgelegt werden, die gegen den Willen der etablierten Akteure lanciert werden. Diese Stärkung von schwach bzw. noch gar nicht organisierten oppositionellen Kräften ist aus normativer Sicht ganz grundsätzlich zu begrüßen, da sie zu einer Intensivierung von politischen Debatten und des politischen Wettbewerbs führt.

Graf und Stern legen überzeugend dar, dass digitale Urnengänge einen Einfluss auf die Kampagnenführung haben. Der allgemein feststellbare Trend, vermehrt Kampagnenressourcen in den Online-Bereich zu investieren, dürfte sich akzentuieren und die Bedeutung des Timings zunehmen. So ist zu erwarten, dass die Mobilisierungsanstrengungen der involvierten politischen Akteure unmittelbar vor Öffnung der digitalen Urne und ganz am Schluss besonders intensiv ausfallen werden. Darüber hinaus vertreten die Autoren die These, dass sich aufgrund von *E-Voting* und *E-Collecting* eine Art demokratische Fankultur herausbilden wird, die offener, emotionaler, lautstärker und humoristischer ausfällt als die momentane, durch Abwägen von Argumenten geprägte Debattenkultur.

Das vorliegende Buch kann interessierten Kreisen zur Lektüre empfohlen werden. Der anregende Inhalt ist stets auf leicht verständliche Art und Weise verfasst. Es ist jedoch darauf hinzuweisen, dass es sich um keine wissenschaftliche Abhandlung handelt. Auf unmissverständliche Weise tritt dies jeweils zwischen den Kapiteln zutage, wo die beiden Praktiker – ganz bewusst überspitzt – fiktive Szenarien entwerfen, die unter der Leserschaft eine Mischung aus Erstaunen, Inspiration, Heiterkeit, Verwunderung und Kopfschütteln auslösen dürften.

Laurent Bernhard